**Zeitschrift:** Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz
**Band:** 25 (1946)
**Heft:** 10

**Artikel:** Frankreichs Empire : Übergang oder Untergang?
**Autor:** Peslier, Henri
**DOI:** https://doi.org/10.5169/seals-335419

**Nutzungsbedingungen**
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

**Conditions d'utilisation**
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

**Terms of use**
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 08.07.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch**

gestiftet worden; die industrielle Gegenrevolution hat bereits ein beängstigendes Ausmaß angenommen — doch immer noch ist es möglich, England und Europa vor dem Absturz in den Abgrund zurückzureißen. Es besteht noch die Möglichkeit, aber es ist allerhöchste Zeit zu sehen, zu verstehen und — zu handeln.

HENRI PESLIER

# *Frankreichs Empire — Übergang oder Untergang?*

Zu den Kolonien und Halbkolonien, die Frankreich im Verlauf der beiden vergangenen Jahrhunderte eingebüßt hat, zählen so gewaltige Ländermassen wie Kanada, die Louisiana (das Mississippital) und der größere Teil Indiens. Von den Kolonien auf dem amerikanischen Kontinent blieb nur Guyana, das erst jetzt aufhört, Frankreichs überseeisches Zuchthaus zu sein, ferner Inseln der Antillen, die seit dem gegenwärtigen Jahr ihrem Wunsch entsprechend als «Departements» zum französischen Mutterland gehören. Von den «Niederlassungen» in Indien blieben nur Zwergbesitze, nämlich die Hafenstädte Madras, Pondichéry, Chandernagor, Mahé und Karikal, die sich übrigens als erste de Gaulles Bewegung angeschlossen haben[1].

Verlorengegangen ist auch San Domingo, im Zug von Neger- und Mulattenrevolten, denen jedoch die Revolte der französischen Kolonisten vorausging. Begraben wurden die chimärischen Hoffnungen Napoleons III. auf ein Protektorat über Mexiko, und die viel reeller begründeten Hoffnungen Gabriel Hanotaux' auf ein Protektorat Aegypten. Abgesehen von karaibischen und ozeanischen Inselgruppen (auch die Gesellschaftsinseln in Ozeanien sind jetzt ein französisches Departement geworden!) besteht das französische Empire, wie es seit 1830 und vor allem unter der Dritten Republik geschaffen wurde, in erster Linie aus der Herrschaft über Indochina und großen Teilen Afrikas, darunter fast dem ganzen Mogheeb (Algerien, Tunis, Marokko).

An Ausdehnung umfaßten die französischen Überseebesitzungen und Mandate 1939 annähernd 12 Millionen Quadratkilometer (das Mutterland etwa 550 000 km$^2$) und von diesen gehörten zum afrikanischen Festland weit über 10 Millionen Quadratkilometer, ungerechnet Madagaskar mit weiteren 616 000 km$^2$. Frankreichs Empire, das zu Zeiten vor allem ein nordamerikanisches und ein indisches war, ist also der Ausdehnung nach überwiegend ein *afrikanisches* Empire. Demographisch gesehen stellt jedoch Indochina mit etwa 22 Millionen Einwohnern gut ein Drittel jener Überseefranzosen, um deretwillen gerne von den «hundert Millionen Franzosen» gesprochen wird[2].

---

[1] Siehe Barrès: Charles de Gaulle, Europa-Verlag, Zürich 1945, S. 178.

[2] Das Wort von den «hundert Millionen Franzosen» scheint sich zuerst bei Prevost Paradol, noch unter dem zweiten Empire, zu finden. Popularisiert wurde es von General Mangin, der das Empire nach den Erfahrungen des ersten Weltkrieges vor allem als Soldatenreservoir sah (allein Nordafrika stellte 240 000 Soldaten für

Im achtzehnten und neunzehnten Jahrhundert war für ein irgendwo eingebüßtes Kolonialreich unter weiten, fast unerforschten Ländermassen noch Ersatz zu finden. So konnte England den Verlust der Vereinigten Staaten durch die Gewinnung Indiens wettmachen, Frankreich noch 1919 sein Empire um die Mandate Kamerun und Togo und auch (Rückkehr nach siebenhundert Jahren ins Royaume de Jérusalem!) um Syrien und den Libanon erweitern. Heute hingegen sorgen die weltpolitischen Machtverhältnisse sowie eine Reihe anderer Entwicklungen dafür, daß kein europäischer Staat eine preisgegebene Position kolonialer Herrschaft wieder besetzen noch für sie anderweitig Ersatz finden kann. Insofern ist Frankreichs neue imperiale Krise (mit Brennpunkten Indochina, Algerien) schwerer und kann in ihren Konsequenzen endgültiger sein als irgendeine der vergangenen. Dabei stellt sich bereits die Frage, welche Teile seines Empires Frankreich überhaupt halten kann und unter welchen Voraussetzungen.

Schon längst vor der revolutionären Entwicklung, die in Annam zur Entstehung eines faktisch selbständigen Staates, des «Viet Nam» geführt hat, hatten Franzosen aller Lager erkannt, daß auf die Dauer nur in Afrika die französische Kolonisation eine Zukunft und auch eine Aufgabe habe, Afrika dafür aber auch wirklich «Frankreichs Sibirien» und eine Verlängerung des Mutterlandes werden könne. Gallieni schrieb nach langen Jahren im Tonkin: «Es kann der Tag kommen, da Europa durch den ständig wachsenden Druck der gelben Rasse aus Asien verdrängt, seinen letzten Stützpunkt in Afrika finden wird. Das mächtigste Volk wird dasjenige sein, das diese Möglichkeit am frühesten in Rechnung stellen wird.» Und um die gleiche Zeit (1910) veröffentlichte auch Onésime Reclus seine Broschüre «Lâchons l'Asie, prenons l'Afrique» von der sich unter andern Joseph Caillaux sehr beeindruckt erklärte. Nach dem Weltkrieg wurden Rufe dieser Art immer häufiger; nennen wir nur «L'heure de l'Afrique» von Boisse de Black (1919), «L'Afrique chantier de l'Europe» von Georges Valois (1931), «Afrique champs d'expansion de l'Europe» von E. Guernier. Formeln wie «Eurafrika» und sogar «Pan-Eurafrika» wurden um diese Zeit in Frankreich popularisiert.

Heute, wo die Kolonialpolitik sowohl in Britisch-Indien wie in Indochina und Indonesien in eine schwere Krise getreten ist, bestätigt sich Galliénis Voraussicht. Asien wehrt sich gegen die Kolonialherrschaften, Afrika hingegen, vor allem das «schwarze Afrika» (nicht so freilich der Mittelmeerrand) fügt sich noch in Kolonialverhältnisse, und hier gehen die Diskussionen noch im wesentlichen um die Formen und Aufgaben der Kolonisierung, nicht aber um ihre sofortige Abschaffung.

### *Assimilation oder Assoziation*

Die Frage nach diesen Formen und Aufgaben führt uns sogleich an das Problem der französischen *Kolonialdoktrin* heran. Gerade wenn ein Empire sich nicht

---

Europa), wurde 1939 von Kolonialminister Georges Mandel wieder hervorgeholt und ist von General de Gaulle unzählige Male angewendet worden, erst um Hoffnungen im besetzten Mutterland zu beleben, seit der Befreiung aber, um Frankreichs Weltmachtstellung zu betonen. Aber auch der radikale Assimilationswille, für den die Kolonien nichts als französische Provinz sind (so Kolonialminister Soustelle zu Beginn 1946) drückt sich in dieser Formel aus.

mehr auf die bloße Macht und das fraglose Prestige stützen kann, muß die Doktrin eine größere Bedeutung erhalten, weil sich in ihr prinzipiell entscheidet, welche Kräfte der *freiwilligen Zusammenarbeit* und der gemeinsamen Interessen die «Union Française» aufrechterhalten können. Die beiden Antworten, die in Frankreich auf diese Frage gegeben werden, sind die *Assimilation* und die *Assoziation*, wobei die Schattenseite der ersteren der Zentralismus ist, jene der zweiten aber, daß unklar bleibt, ob die größere Autonomie den Gouverneuren, den europäischen Kolonisten oder den Eingeborenen zugute kommen soll.

Zur Assimilation gehört die Auffassung, daß französische Sprache, Kultur, Rechtsprechung, Verwaltung, Erziehung grundsätzlich an Stelle der einheimischen «Dialekte» und Traditionen treten sollen, so wie in Frankreich selber die «Dialekte» des Baskenlandes, der Bretagne und des Elsaß' grundsätzlich dem Französischen zu weichen haben. Vollbürger kann auch im Empire nur sein, wer als citoyen auf die französische Façon selig werden will. Zur Assoziation hingegen, die dem britischen Kolonialgedanken entspricht, gehört der Respekt vor fremden Kulturen und Lebensformen, zugleich freilich auch der gleichgültige Verzicht auf jene «universalistischen» Wertungen, wie sie in Frankreich für das katholische, dann für das demokratische Weltbild kennzeichnend sind. Denn von der katholischen zur demokratischen Kolonialidee läuft die gleiche Verbindungslinie, die Tocqueville zwischen dem Werk des königlichen Absolutismus und dem des Jakobinismus aufgedeckt hat. Kardinal Richelieu, der 1627 die «Compagnie des Cent Associés» zur Kolonisierung Kanadas gründete, stellte ihr die Aufgabe, das Christentum zu verbreiten, wobei «die Wilden, die dem Glauben zugeführt werden, als natürliche Franzosen gelten und angesehen werden und als solche ihren Wohnsitz in Frankreich nehmen können, wann immer es ihnen beliebt, und daselbst Schenkungen und Legate erwerben, vererben, antreten und übernehmen können, genau so wie die gebürtigen Franzosen.»[3]

Boissy d'Anglas nahm hingegen im Jahr III der Revolution als Rapporteur für Kolonialfragen die Union Française vorweg: «Die Kolonien werden die gleichen Verwaltungsformen besitzen wie Frankreich. Es gibt nur eine gute Art zu verwalten, und wenn wir sie für Europa gefunden haben, warum sollten die anderen Völker ihrer nicht teilhaftig werden?» Über diese französische Assimilationsidee hat sich ein Engländer, Colonel Lawrence, mit folgenden Worten lustig gemacht: «Da Gott nicht gefügt hat, daß die Afrikaner Engländer sind, so ist ihre Aufgabe nicht, so meinen wir, die Engländer nachzuäffen, sondern in ihrer eigenen Art wertvoll zu sein. Die Franzosen aber ermutigen ihre Untertanen, sie zu imitieren. Selbst wenn sie niemals ganz stilgerecht werden können, so wird doch ihre Tugend desto größer sein, je mehr sie sich dem Vorbild annähern.»

### *Frankreich und die Kolonisten*

Eng verbunden mit der Auseinandersetzung um «assimilation» und «association» (wenngleich praktisch nie ganz mit diesen Parolen identisch) verlief und verläuft

[3] Siehe Juri Semjonow: «Glanz und Elend des französischen Kolonialreiches», Berlin 1942 (ein trotz Verlagsort und -datum brauchbares Werk), S. 527.

der auch heute so wichtige Gegensatz zwischen der französischen Zentralgewalt (heute nach dem Sitz des Kolonialministeriums gewöhnlich la rue Oudinot genannt) und den Kolonisten, die gegenüber den Eingeborenen als überlegene Herrenrasse auftreten und Privilegien aller Art behaupten wollen. Als 1791 der Konvent die freigeborenen Mulatten auf San Domingo als gleichberechtigt erklärte, unternahmen die Kolonisten den Aufstand, der sodann die Revolten der Mulatten hervorrief. Denkbar unwirsch wurde von den Kolonisten in Algerien Napoleons III. Erklärung von 1863 aufgenommen: «Ich bin ebenso Kaiser der Araber wie Kaiser der Franzosen» und die von ihm erlassene Bestimmung, wodurch der Landbesitz der Stämme geschützt werden sollte. Auch heute regen sich angesichts der Tendenzen der Regierung (und namentlich des sozialistischen Kolonialministers *Marius Moutet)* die Kolonisten, die sich vom Mutterland verraten fühlen und gerne eine weitgehende Autonomie fordern würden, wenn sie nicht doch fürchten müßten, daß diese bald den Autonomiebestrebungen der Eingeborenen zugute kommen müßten. So hat das Comité de l'Empire Français, das diese «colons» vertritt, der zweiten Konstituante ein Dokument zugeschickt, worin die Assoziation gegenüber der Assimilation bevorzugt wird. Darin wird sogar betont, daß es nicht angehe, die Eingeborenen zu französischen Wählern zu machen, weil die Charta der Vereinten Nationen die Entwicklung der abhängigen Gebiete zur Autonomie befürworte. Wenn aber assimiliert werden solle, dann dürfe die französische Staatsbürgerschaft nur gewissen Eliten zuerkannt werden, nicht aber Kolonialbevölkerungen in ihrer Masse. Die «Semaine dans le Monde» (20. Juli 1946) kommentiert: «L'émancipation politique et économique des peuples colonisés, telle qu'on la conçoit généralement en France, ne va pas sans nuire directement aux intérêts des colons.» Marius Moutet hat in der Sitzung vom 23. März 1946 die Kolonisten vor den Folgen ihrer Politik scharf gewarnt: «Den Franzosen in Übersee muß von dieser Tribüne die Warnung zukommen, daß sie jedesmal, wenn sie sich in Worten und Taten als Herrenrasse aufspielen, Frankreich verraten (einhelliger Applaus). Ich sage es allen aus Frankreich Stammenden, die sich dort befinden, was auch ihre Verdienste und Mühen sind, wenn sie diese Kluft vertiefen, so schaufeln sie an ihrem eigenen Grab und am Grab unserer Hoffnungen und unserer Zukunft.»

Die Stimme eines solchen «colon» hat die erste Konstituante am 28. Februar 1946 hören können, in der Debatte um die Amnestie der Algerier, die nach den schweren Unruhen von Setif (Mai 1945) verurteilt worden waren. Nach dem Mohammedaner Benchennouf ergriff nämlich der tunesische Kolonist Antoine Colonna das Wort, um gegen die Amnestie zu protestieren. «Hierin liegt das wahre Drama des Empire, im mangelnden Verständnis der Metropole gegenüber dem Empire-Franzosen. Das Drama des Empire ist die empörende Undankbarkeit, ist ein unheilvoller Snobismus und Parteigeist, der in unserer Wahrung gewisser äußerer Positionen nur eine Mentalität von Sklavenhaltern sehen will.»

### *Autonomiebewegungen*

Sind aber die Kolonisten mit der Assimilationspolitik unzufrieden, so hat diese dennoch gleichzeitig unter den kolonisierten Völkern viele Anhänger verloren. Gerade in Algerien, das auf dem Wege schrittweiser Assimilation schien, haben die

Moslem nun elf Deputierte der «Amis du Manifeste» in die zweite Konstituante geschickt, die statt dem gegenwärtigen Sonderstatut (teils drei Departemente Frankreichs, teils unter dem Gouverneur und den Délégations Financières doch als Kolonie behandelt) eine *föderative Autonomie* Algeriens wollen, die dem «home rule» für das einst die Iren im englischen Parlament gekämpft haben, gleicht. Ähnlich gesinnte Deputierte hat auch Madagaskar gewählt. Der indochinesische Viet Nam ist bereits viel weiter gegangen.

In den neuesten Diskussionen um das Statut der Union Française sind die Thesen wiederum aufeinandergestoßen. Die Volkspartei (Mouvement Républicain Populaire) ist für «fortschreitenden Föderalismus», die Sozialisten, die kürzlich in einem nordafrikanischen Kongreß ein ausführliches Programm ausgearbeitet haben, treten vor allem für Gemeindefreiheit, radikale Erweiterung des Wahlkörpers und lokale Reformen ein, die Kommunisten identifizieren sich mit allen auch extrem nationalistischen Autonomiebestrebungen. Im Laufe der Diskussion vor der Verfassungskommission erklärte einer der Kommissäre: «Diese Texte dürfen keine Prämie für Separatismus sein.» Worauf Ferhat Abbas, von der Partei des Manifestes, erwiderte: «Sie dürfen auch kein Käfig sein, in den niemand hinein will.»

Sehr bezeichnend ist auch, daß die Deputierten von Togo und Kamerun zwar dagegen protestiert haben, daß Außenminister Bidault, ohne sie zu befragen, sich prinzipiell für das «Trusteeship» ausgesprochen hat, daß sie jedoch die Einverleibung dieser Gebiete in das Empire ebenfalls nicht mehr wollen. Der Deputierte Louis Ajoulat sagte dazu in der Sitzung vom 20. März 1946: «Man hat behauptet, daß Frankreich die Integration des Kamerun und Togo in die französische Gemeinschaft hätte vorschlagen können. Das scheint uns von vornherein unhaltbar, denn wir können uns nicht vorstellen, daß Frankreich einseitig Territorien und Bevölkerung annektiert, die die Vorteile des Mandats jetzt zu gut kennen, um darauf zu verzichten. Es gab eine Zeit, um 1939, wo wir tatsächlich den Bestrebungen der «évolués», der fortgeschrittenen Eingeborenen des Kamerun, entsprochen hätten, wenn wir ihnen diese Integration vorgeschlagen hätten. Dieses Stadium ist aber vorüber, und man kann nicht mehr dazu zurückkehren.»

Und in der Debatte um die «alten Kolonien» wie Guyana und Martinique, die zu französischen Departementen erhoben wurden, erklärte der Deputierte Paul Valentino namens der Antillen: «Was wir brauchen, ist die Erweiterung der Befugnisse der lokalen Räte und nicht eine Assimilation, die diese Befugnisse im Gegenteil verengern würden.» In seiner Antwort sagte Marius Moutet: «Schon in Frankreich beklagen wir uns über zu weitgetriebene Zentralisation und über die Nachteile, die sie für die lokalen Verwaltungen zeitigt. Sollen wir dieses Regime auch auf die alten Kolonien erstrecken? Ich stelle hier nur die Frage, die eine Überprüfung verdient.»

In einer andern Sitzung hat Valentino betont, daß nicht jede Art der Dezentralisierung den Kolonien diene: «Man muß verhüten, daß die Dezentralisierung nicht einfach den Beamten mehr Autorität gibt, um sich gegen die großzügigen Absichten der Metropole zu wenden. Die häufigen Wechsel im Gouverneursamt stellen eine Gefahr für die kontinuierliche Entwicklung der Kolonien dar. Man muß in den genug fortgeschrittenen Territorien Versammlungen einrichten, die einen Aktionsplan beschließen können und selber das Element der Kontinuität wären.

So brauchen wir zwar eine Dezentralisierung, aber eine solche, die es ermöglicht, das koloniale Werk auf die Gefühle und Wünsche der Kolonialmassen zu stützen.»

Mit allem ist Frankreich weit abgekommen von den Beschlüssen der noch vor der Befreiung des Mutterlandes abgehaltenen Konferenz von *Brazzaville*. Immerhin: im Gegensatz zur Empire-Konferenz von 1937, die ganz unter dem Zeichen wirtschaftlicher und finanzieller Überlegungen stand, hatte sich die Konferenz von Brazzaville unter der Leitung des «Schwarzen Gouverneurs» Eboué zum erstenmal mit den sozialen und politischen Problemen der afrikanischen Kolonien befaßt und hat insofern einen Wendepunkt bedeutet. Doch kamen gerade hier alle Widersprüche zwischen der wirklichen Kolonisierung und der Idee der Assimilation zum krassen Ausdruck. So hatte die Konferenz die folgende Resolution gefaßt: «Die Ziele des Zivilisationswerkes, das Frankreich in den Kolonien vollbringt, schließen jede Vorstellung von Autonomie aus, jede Möglichkeit einer Entwicklung außerhalb des Rahmens des Empire. Die Errichtung, selbst zu irgendeinem späteren Zeitpunkt, von ‚self-governments' in den Kolonien wird abgelehnt.»

Halten wir diese Erklärung gegen die hier gezeichnete Entwicklung im Bewußtsein der Kolonialvölker, so sehen wir klar, *wieviel sich in diesen drei Jahren verändert hat.* Obendrein hat sie auch Frankreich in formellen Konflikt mit der Charta von San Franzisko gebracht. Und nicht zuletzt — wie nun zu zeigen ist — fehlt für eine solche Politik eines geeinten Empires die wirtschaftliche und technische Grundlage.

### *Fehlende Investierungen*

Mit Recht konnte die in Kolonialsachen konservative Zeitschrift «L'Economie» (16. Mai 1946) schreiben: «Man fordert zwar eine kühne Politik des Fortschrittes, aber man weicht doch vor jenen Mitteln zurück, wie sie ein Land wie die Sowjetunion verwendet hat, indem es den Techniker in den Mittelpunkt der materiellen Entwicklung stellte. In unsern Überseegebieten gibt der Staat dem Piloten, dem Arzt, dem Ingenieur ein Gehalt, das geringer ist als der Lohn eines Arbeiters im Mutterland.»

Bekanntlich hat der Konkurrenzkampf zwischen Landwirtschaft und Industrie des Mutterlandes und der Kolonien in den vergangenen Jahren sehr wesentlich dazu beigetragen, daß die wirtschaftliche Grundlage eines geeinten Empires nicht entstehen konnte. Man denke nur an die Kämpfe der französischen Weizen-, Zucker- und Weinerzeuger gegen die Konkurrenz Algeriens, Indochinas, an die Schutzzölle, die gegen die eigenen Kolonien errichtet wurden, den Zwang in Algerien, ein Drittel der Reben auszureißen. Ebenso ist aber die Industrialisierung im Empire durchaus entmutigt und vernachlässigt worden. Bis 1914 waren von den französischen Kapitalanlagen nur ein Zehntel in die eigenen Kolonien geflossen, von den englischen dagegen die Hälfte. Jules Ferry hatte zwar geklagt: «Das Land erstickt an seinen brachliegenden Kapitalien,» aber die Kolonien vermochten nie, diese Kapitalien in genügendem Maße anzuziehen. Erst heute sind sie, im Zeichen der Kapitalflucht vor dem Mutterland, als Refugium für Kapitalanlagen ein Anziehungspunkt erster Ordnung geworden — aber heute ist es zu spät und die französischen Kapitalien genügen auch keineswegs mehr. Was das private Kapital «versäumt» hat,

das hat auch der Staat nie eingebracht. In England war 1937 ein Colonial Development Fund votiert worden, in Frankreich wurde ein entsprechendes Projekt vom Senat beerdigt. Für eine Kolonie mit 14 Millionen Einwohnern wie Französisch-Westafrika hatte Frankreich bis 1935 insgesamt nur 200 Millionen Nachkriegsfrancs aufgebracht. Im Budget von 1938 waren von 70 Milliarden Francs Ausgaben nur 170 Millionen Francs (weniger als ein Viertelprozent) für die Kolonialbevölkerung ausgesetzt worden. Und was nützt es, von «hundert Millionen Franzosen» zu sprechen, wenn die mehr als sechzig Millionen der Übersee derart übergangen werden? Selbst der große imperiale Fünfzehnjahrplan von 1934, der für die Kolonien 11,2 Milliarden aussetzen wollte, ist auf dem Papier geblieben, und dem neuen imperialen «plan d'equipement» droht ein ähnliches Schicksal.

Dieser Mangel an Ausgaben selbst für die dringendsten öffentlichen Zwecke hat sich nun am Empire-Gedanken selber gerächt. Denn Algerien hatte keine französischen Schulen für 700 000 Kinder. Mohammedanische Schriftgelehrte, die Oulemas, hatten einen Teil dieser Kinder in ihren Privatschulen erzogen und eben damit die von Frankreich bekämpfte Renaissance des arabischen und islamischen Bewußtseins in Algerien begründet, die heute in den Forderungen der «Amis du Manifeste» ihre Früchte trägt.

Über die «schlechte Ausnützung» des Gabons hat dessen Deputierter, Jean Felix-Tchicaya, in der Sitzung vom 23. März 1946 sehr bedrückende Angaben gemacht. «Zwischen Bangui und Fort Archambault habe ich die Baumwollfelder gesehen, die Hunderttausende von Arbeitstagen erfordern, weil die Eingeborenen überhaupt keine mechanischen Arbeitsmittel haben. Man zieht es vor, den «Neger schwitzen zu lassen». Das Holz vom Gabon muß mit den Händen kilometerweit gerollt werden. Statt den Menschen zu befreien, hat man ihn unterdrückt, statt ihn zu erziehen, hat man ihn verdummt, statt ihn zu bereichern, hat man ihn arm werden lassen. Und deswegen kann das ganze fruchtbare Becken des Chari ebenso wie die reichen Savannen des Ubangi, des Mittleren Kongo und des Gabon nicht bebaut werden ... So ist die Bevölkerung des Gabon, die 1913 eine Million betrug, 1945 auf 400 000 Menschen geschrumpft und die der ganzen Koloniengruppe (Äquatorialafrika) von zehn Millionen auf dreieinhalb Millionen. Ganz Äquatorialafrika hat heute nur 79 Ärzte und brauchte allermindestens 500. Pflegestellen sind selten, Arzneien fehlen. Obendrein wird das Land ganz willkürlich zugeteilt. Ein einziger Kolonist hat im Kongo in weniger als zehn Jahren an die 1,2 Millionen Hektar Grubenlizenzen und etliche Zehntausende Hektaren Wald erworben. Die Eingeborenen dürfen nicht mehr abholzen, sie dürfen ihre Goldminen nicht ausnützen, die Küstenbewohner dürfen nicht Salz gewinnen, sondern sind gezwungen, es von Angola oder anderwärts zu kaufen ...»

Zum Mangel an technischer Ausrüstung kommt überall der Mangel an geschulten Kadern. Die Erforschung der Metallschätze ist gegenüber allen andern Kolonialreichen sehr zurückgeblieben. Als die Kakaoplantagen in Westafrika von einer schweren Krankheit bedroht waren, sendeten die Engländer 15 Spezialisten, die Franzosen nur einen («L'Economie», 25. Oktober 1945).

Soweit Kapital in den Kolonien investiert ist, sind es die großen monopolartigen Handelsgesellschaften, die die Interessen der Produktion dominieren. Darüber hat der kommunistische Abgeordnete Henri Lozeray in der Sitzung vom 20. März 1946 genaue Auskünfte gegeben und dabei auch über die Kapitalverflech-

tungen der Schweizerischen Bankgesellschaft und des Unilevertrusts mit afrikanischen Handelsgesellschaften gesprochen (siehe «Journal Officiel» vom 21. März 1946, S. 909). Unwidersprochen blieb seine Schlußfolgerung: «Im ganzen schwarzen Afrika haben einige Gruppen sich ein faktisches Monopol über die Kolonialmärkte gesichert und interessieren sich nur ganz nebenbei an der Produktion. Treu den alten Auffassungen des Kolonialpaktes verfolgen sie ausschließlich eine Politik der Ausbeutung der Territorien. Daraus entspringt die Schwäche und schlechte Verteilung der Kapitalien. Von insgesamt 27 Milliarden in den Kolonien investierten Kapitals (1940) waren 10,5 Milliarden in Handelsgesellschaften tätig, 4,9 Milliarden in Plantagen, 3,4 Milliarden in Industrieunternehmungen und nur 2 Milliarden in Gruben. Da jeder nur schnell und zu geringsten Kosten Profite machen will, sorgen diese kolonialen Handelsgesellschaften nur dafür, daß sie die einheimischen Plantagenprodukte sammeln, während die Plantagen selber mit zwangsweise rekrutierten, elend bezahlten Eingeborenen arbeiten.» Und Lozeray stellte die Folgen dieser Monopolwirtschaft besonders am Beispiel der Banque d'Indochine dar, die gewissermaßen die ganze indochinesische Wirtschaft in den Händen hat. Während die Engrospreise der indochinesischen Stapelprodukte zwischen 1931 und 1939 stiegen (von 86 auf 100), sank der Lohnindex der indochinesischen Arbeiter von 100 auf 85, während gleichzeitig die Kosten der Lebenshaltung hinaufgingen. Es versteht sich, daß Gewerkschaften in diesen Verhältnissen nie geduldet werden konnten und auch in fast allen französischen Kolonien (seit 1940 im Gegensatz zu den britischen) nicht erlaubt sind.

Es ist daher kein Wunder, daß neben den politischen Forderungen und noch vor ihnen, die Kolonien heute eine selbständige Wirtschafts- und Zollpolitik durchsetzen wollen. Über diese Forderung des Viet Nam schreibt «L'Economie» denn auch empört: «Le patriotisme tel qu'il s'exprime actuellement en Annam cesse d'être un sentiment respectable» (sic!).

Über dieses in der Wirtschaftslage begründete soziale Malaise der Kolonien ist in den Debatten der Kammer über Algerien und die andern Überseegebiete noch mehreres zur Sprache gekommen, das die gegenwärtige Empire-Krise besser verstehen läßt. Im Kamerun (so Douala Manga Bell, Sitzung vom 20. März 1946) werden auf 120 Kilometer Entfernung die schwarzen Bauern von ihrem Land geholt und den großen Plantagen der Küste zugeführt, so daß die bisher von ihnen bebauten Länder nun brach liegen. In Marokko, wo das Malaise erst jetzt (durch die Opposition eines Teiles der Europäer gegen die neuen Industriepläne des Gouverneurs Eric Labonne) zum Ausbruch kommt, hat es bislang überhaupt keine soziale Gesetzgebung zum Nutzen der Einheimischen gegeben (so Paul Aurange in der Sitzung der Konsultativversammlung vom 20. März 1945). Gewerkschaften sind nicht zugelassen. Und Schulen? Auf eine Million Städter kommen 27 000 Schulkinder und auf sechs Millionen Landbevölkerung nur achttausend! Für die Industrialisierung ist nichts geschehen, obwohl das Kapital unter den Steuerverhältnissen von Marokko ein wahres Paradies hat.

Algerien dagegen hat in der letzten großen Dürre von 1945 spüren müssen, wie sehr es unter dem Monopol der französischen Handelsflotte leidet, und daß es auf die Dauer nicht von einer Regierung abhängen kann, die ihre eigensten Wirtschaftsinteressen weniger berücksichtigt als andere, nämlich die des Mutterlandes, die ja in der Lage sind, einen stärkeren Druck auszuüben.

Gestern noch handelte es sich in dieser wirtschaftlichen und sozialen Vernachlässigung um mangelnden *Willen* zur nützlichen Kapitalinvestierung, heute dagegen besteht eine materielle Unmöglichkeit für das Mutterland, den Kolonien an Fachleuten, Ärzten und sozialen Einrichtungen und sonstigen Investierungen und Leistungen genug zu bieten. Und darin sehen wir eine der *beiden Hauptursachen* für den heute explodierenden kolonialen Separatismus. «Die Indochinesen, die Schwarzen Afrikas wenden sich heute Amerika zu, das für sie das Land des Modernismus und des leichten Lebens ist,» schreibt «L'Economie» (7. März 1946) mit billigem Sarkasmus. Die Versäumnisse der französischen Kolonialwirtschaft im Zeichen eines nie ganz preisgegebenen Merkantilismus sind wirklich schwer. Um so mehr hat sich im Krieg, wo die Kolonien vom Mutterland abgeschnitten waren, die schon vorher bestehende Tendenz entwickelt, mit andern Mächten mehr Handel zu treiben als mit Frankreich. War Frankreich noch 1938 für alle seine Kolonien erster Lieferant und erster Kunde, so sind seit 1944 in Ostafrika die USA, in Westafrika Großbritannien an seine Stelle getreten. Aber das Empire ist auch für Frankreich selber als Lieferant an Nahrungsmitteln gegenüber dem restlichen Ausland stark zurückgetreten. Noch 1938 lieferte das Empire viermal mehr Nahrungsstoffe als das Ausland, in den ersten acht Monaten von 1945 lieferte es dagegen nur halb soviel wie die übrigen Staaten. Der koloniale Franc steht seit der letzten Abwertung höher als der französische (er ist fFr. 1.70 wert), und auch das macht die Käufe im Empire für Frankreich nicht mehr so überwiegend vorteilhaft. Daß in dieser Währungsdiskrepanz tatsächlich ein wirtschaftlicher Separatismus zum Ausdruck kommt, ist unbestreitbar.

### *Die Haltung der «évolués»*

Aber eine Kolonie wird nicht in erster Linie durch sachlich wirtschaftliche und strategische Anhängigkeiten als solche charakterisiert, sondern vor allem durch die Rolle, die die Vertreter des kolonisierenden Landes (als Beamte wie als Kolonisten) innehaben. Wenn zum Beispiel in Senegal ein französischer Krankenwärter ein Gehalt von 11 000 Francs bezieht, ein in Dakar diplomierter ausgebildeter afrikanischer Arzt hingegen nur 5200 Francs (Angabe des Abgeordneten Houphouet in der Sitzung vom 23. März 1946), dannn liegt in dieser privilegierten Stellung vor allem auch eine schwere Demütigung des Afrikaners. Gerade jene koloniale «Elite», die die französische Kultur (nebst allen Diplomen) assimilierte, muß entdecken, daß sie in ihrer Heimat nichtsdestoweniger auf einen entsprechenden sozialen und erst recht politischen Aufstieg verzichten muß, wie er den Franzosen mit der gleichen Vorbildung daheim wie in Übersee offen steht. Es gibt 200 tunesische Studenten in Paris. Sie gelten bei uns als Ausländer. Wenn sie die Schule verlassen, sind ihnen alle administrativen Karrieren verschlossen. Nur das einzige Lyzeum von Tunis kann einem tunesischen diplomierten Lehrer eine Stelle bieten.» (Jean Debiesse in der Sitzung der Konsultativversammlung, 20. März 1945.) So kommt es, daß gerade die kolonialen Intellektuellen, die zu Trägern der Assimilationsidee bestimmt waren, im Gegenteil überall die radikalsten Träger der nationalrevolutionären Unabhängigkeitsidee sind. An Stelle der Lehre, daß Frankreich stufenweise die Eliten von «évolués» assimiliert und zu Franzosen macht, kommt

heute der ärgerliche Protest, daß es ja überall nur «eine Handvoll Intellektueller» sei, die mit dem französischen Regime unzufrieden ist und es stürzen möchte. Aber eben — diese Handvoll Intellektueller kommt aus der Sorbonne wie Gandhi und Nehru aus englischen Universitäten. Und gerade an ihrem Geist mußte sich die Assimilationspolitik bewähren. Damit soll nicht gesagt sein, daß der extreme Nationalismus, dem diese kolonialen Intellektuellen (zum Teil auch in kommunistischer Form) huldigen, den Weg des Fortschritts für die große Masse der Kolonialbevölkerung weist. Aber es geht hier ja um die Frage, auf wen Frankreich sich im Empire stützen kann, und in dieser Hinsicht ist diese geistige Entwicklung außerordentlich schwerwiegend.

Eine ganz eigentümliche Lage entsteht für diese koloniale «Elite» im schwarzen Afrika. Sie wird durch die französische Kultur zunächst einmal isoliert, sie gehört nicht mehr zur «brousse». Zwischen ihrem neuen Weltbild und den alten Bräuchen ist die Kluft so groß, daß die «évolués» sie nicht mehr überbrücken können; sie verweigern dem Dorfzauberer den Poussigruß mit Kniefall usw. Zugleich werden diese Assimilierten bestenfalls in Frankreich, nicht aber im eigenen Land von den dortigen Franzosen für voll genommen. Die Assimilation einer kleinen vom eigenen Volk losgelösten Minderheit ist daher weitgehend eine Politik der Fassade geworden. Der Kontakt zwischen einer höheren Kultur und den Bräuchen der Neger, auf den es ja eigentlich ankäme, ist nicht gefördert, sondern unterbunden worden. Doch sind gerade in Westafrika durch die Entwicklung der «Sociétés de Prévoyance» und der «Ecole rurale populaire» ganz andersartige breite Ansätze zur Hebung des schwarzen Bauerntums geschaffen worden. Bezeichnenderweise knüpfen solche Werke, deren Aufbau gewisse Franzosen Afrikas ihr ganzes Leben gewidmet haben, an die *gemeinwirtschaftlichen* Traditionen des Negerdorfes an, statt sie im Zeichen der individuellen Assimilation zu sprengen[4].

Diese Politik, die den schwarzen Bauern gegenüber der Plantagenwirtschaft in manchen mittelafrikanischen Kolonien recht wirksam geschützt hat, wird eben deshalb von französischen Finanzkreisen kritisiert. «L'Economie» vom 17. Januar 1946 scheut sich nicht, über Westafrika zu schreiben: «Die Wiederherstellung der Handwerkertraditionen, die Eliminierung der Kolonisten infolge des Mangels an Arbeitskraft wegen der Entwicklung der einheimischen Produktion: das sind Irrtümer (sic!), die die angebliche Armut unserer Kolonien erklären».

Im schwarzen Afrika ist die Kluft zwischen moderner Kultur und bestehender Tradition so groß, daß noch zur Not begreiflich ist, wie hier eine radikale Assimilation und Ausmerzung der früheren «Barbarei» vertreten werden konnte, obzwar heute diese Ansicht kaum mehr Vertreter findet. Immerhin ist diese Assimilation bei den entwurzelten Negern der Antillen einigermaßen vollständig geschehen. Ganz anders jedoch steht das Problem der Assimilation bei einem Volk wie den Annamiten.

In Indochina wurde im wesentlichen die gleiche Politik getrieben wie sie Lyautey für Marokko begründet hat: einerseits wurde die alte Gesellschaft mit ihren Traditionen und Herrschaftsverhältnissen sorgsam wie ein kostbares Museumsstück erhalten, neben ihr aber eine, in Hafenstädten besonders intensive, französische

---

[4] Vgl. dazu die Bücher von Robert Delavignette und seine Studien in der Zeitschrift «Esprit» zwischen 1933 und 1938.

Gesellschaft errichtet. So wurde in Annam das Schattenkaisertum von Hué konserviert. Sogar das Mandarinat war in Indochina beibehalten worden, das das unabhängige Siam längst abgeschafft hatte. Die alten, künstlich gewahrten Institutionen wurden überlagert von der faktischen Herrschaft des französischen Gouverneurs und seiner Beamten, einer Herrschaft, die gerade in Indochina oft genug durch Willkürakte und sogar durch Greuel gekennzeichnet war, wie sie Andrée Viollis und André Malraux 1934 schilderten. Diese Beamtenmacht, gegen die es keinen Rekurs gab, mußte natürlich die einheimischen Scheinautoritäten völlig untergraben, und so brach auch nach der Viet-Min-Revolution im vergangenen Jahr das Schattenkaisertum still und widerstandslos zusammen, während der Schattenkaiser Bao Dai sich selbst dem neuen republikanischen Regime als Beamter zur Verfügung stellte.

Es liegt uns fern, dem antikolonialistischen Slogan zu verfallen, wonach vor der Eroberung durch eine Kolonialmacht die Verhältnisse jeweils besser gewesen seien als nachher (für die Piratenrepublik Algerien zum Beispiel gilt das wohl keineswegs), doch hat für Indochina die französische Herrschaft schwere Übel mit sich gebracht, und auch jener einseitige Fortschritt, der für Indochina wie für Nordafrika stets gerühmt wird: das rapide Anwachsen der Bevölkerung, ist kein genügendes Gegengewicht, denn die Verhältnisse wurden eben hygienisch soweit verbessert, daß die Bevölkerung schnell wachsen konnte, nicht aber durch Industrialisierung so weit, daß für diese wachsende Bevölkerung genug Arbeitsplätze zu finden waren. Ein solches undiskutierbares Übel war es etwa, wenn jeder Annamit verpflichtet war, sieben Liter reinen Alkohol pro Jahr zu verbrauchen und die Dorfnotabeln dafür haftbar gemacht wurden. Dazu kam noch der als Staatsmonopol geförderte (erst heute unter Viet Nam unterdrückte) Opiumhandel, die Steuern auf die Koloniallotterie usw.

Das Annam hatte vor der französischen Besetzung eine im Geiste Konfuzius' geschulte Verwaltung und ein gutentwickeltes Schulwesen und blickte auf eine eigene alte Kultur zurück. Diese Kultur wurde von den Kolonisatoren im allgemeinen völlig mißachtet, die in den Indochinesen eben nur eine gelbe Art von Kaffern sahen. Diese Kultur hat aber allen Französisierungsversuchen widerstanden. Ein indochinesischer Intellektueller (der wohlweislich anonym blieb) schrieb schon 1935 (in «Esprit»): «Wir bewundern die echte französische Kultur, aber wir können deswegen die unsrige doch nicht preisgeben. Unser Unglück hat viele Franzosen bewegt. Fast alle aber glauben, daß ein geläuterter Kolonialismus uns eines Tages doch noch zur Communauté Française führen kann. Doch ist es zu spät». Heute, wo in Viet Nam französische Diplome offiziell verbrannt werden und wo den «Kollaborationisten», Mitarbeitern französischer Gouverneure, der Prozeß gemacht wird, muß den Franzosen diese lang schwelende Erbitterung gerade der Kultivierten bewußt werden, jedoch meist verbunden mit einem gewissen Erstaunen.

Aber nicht nur in Indochina ist das koloniale Erwachen auch ein Akt kultureller Selbstbehauptung. Der Algerier Ferhat Abbas, heute der Führer einer parlamentarischen Gruppe von elf Algeriern in der Konstituante (die bereits erwähnten «Amis du Manifeste») erklärt: «Wir haben uns ein für alle Male getrennt von der politischen Assimilierung und Anschließung an Frankreich».

Es ist gerade jene Mischung von formeller (nur für eine Minderheit möglicher) Assimilation und faktischer Entrechtung der Mehrheit, gegen welche sich die Autonomiebewegungen richten. Die Unterdrückung der Autonomie war aber vor allem

administrativ verankert, so sehr, daß jede wirtschaftliche und kulturelle Autonomie, jede Erweiterung lokaler Befugnisse über eine richtiggehende administrative Revolution führen muß. «Noch im Juni 1940 war das ganze politische Statut der Kolonien in den königlichen Ordonnanzen Karls X. und den Senatuskonsulten Napoleons III. enthalten. Und in diesen wird nichts anderes festgelegt, als daß die Kolonien durch Dekrete verwaltet werden. In 65 Jahren hat die Dritte Republik nicht die Zeit gefunden, den Kolonien ein Statut zu geben» (Maurice Desétages, Konsultativversammlung, 20. März 1945). Die Wahlen in Algerien und Madagaskar, die Ereignisse in Indochina sind Teile des Aufstands gegen diesen Zustand der Entrechtung und rein administrativen Herrschaft.

Noch eins fehlt jedoch gegenwärtig dem Assimilationsgedanken. Der fraglose Glaube an die französische *Macht* und das Prestige, das sie umgab. Seit Syrien und der Libanon geräumt werden mußten, ist *Frankreichs Machtstellung*, mindestens in der islamischen Welt, *schwer erschüttert*. Dazu kommt, daß in Frankreich selber wesentliche an der Regierung teilnehmende Kräfte gegenüber dem Kolonialismus nicht mehr unbefangen und naiv sind. Es trifft diese Kreise, wenn in der Kammer die Verschleppung der Schwarzen zur Zwangsarbeit an der Elfenbeinküste mit dem deutschen Arbeitsdienst in Frankreich verglichen werden kann.

## *Ausblick*

Es ist hier nicht der Raum, die neueste Entwicklung im französischen Empire im einzelnen nachzuzeichnen. Die Verhältnisse sind in den zwanzig Koloniegruppen verschieden, und ebenso die Chancen Frankreichs, seine Stellung zu behaupten. Am ungünstigsten liegen diese Chancen heute offensichtlich in Indochina. Von den «drei Ky» des Annam ist das eine, nämlich Cochinchina mit Saigon, in der Hand einer separatistischen, von Frankreich eingesetzten Gruppe. Die Konferenz mit dem Viet Nam in Fontainebleau wurde abgebrochen, weil die Anerkennung durch Frankreich dieser eingesetzten (nicht gewählten) Gruppe als provisorische Regierung der Viet-Nam-Delegation untragbar erschien. Nur um den Preis eines Bruchs mit Viet Nam (der aber die Unterstützung Chinas und der Sowjetunion genießt) kann Frankreich sich in Cochinchina behaupten. Der dortige Separatismus ist keine festere Stütze als der des Rheinlands. Anders steht es mit Laos und Kambodscha, die sich vor dem Expansionsdrang des übervölkerten Annam fürchten und daher tatsächlich auf Frankreich stützen möchten. Bedroht sind hingegen die indischen Zwergbesitzungen, Pondichery usw. Mit der Selbständigkeit Britisch-Indiens wird auch ihr Statut spruchreif, wie Pandit Nehru bereits angekündigt hat.

Auch in ganz Nordafrika geht die Entwicklung unverkennbar in der Richtung auf weite Autonomie. Das Problem der in der Landwirtschaft fortschrittlicheren Kolonisten wird hier ähnliche Züge annehmen wie das der Beziehung zwischen Zionisten und Arabern in Palästina, nur daß kein Druck von Europa zur Nachwanderung besteht. Im Gegenteil; nicht wenige Kolonisten liquidieren heute ihren Besitz — und die Käufer sind Mohammedaner.

Wie weit die Ausstrahlungen der Arabischen Liga, der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion sich in Nordafrika auswirken werden, ist noch nicht abzusehen. In Frankreich sind es die Kommunisten, die die autonomistischen Bestrebungen am

stärksten unterstützen. Die Führer des Viet-Nam-Staates sind im wesentlichen Kommunisten. In Algerien erstreben die Kommunisten einen Block, in welchem alle Autonomisten bis zu den extremen arabischen Nationalisten vertreten sind: also eine «nationale Front». Auf dem Umweg über die Einflußnahme auf die Kolonien und Teile der Union Française wollen die Kommunisten ihre Stellung im Mutterland noch mehr befestigen. Denn gegen die Kommunisten regieren hieße dann, das Band mit den Gliedern der Union Française brechen. Auch eine französische Außenpolitik, die die Sowjetunion nicht als freundschaftlich empfände, könnte in diesem Falle ebenso bedrohliche Folgen haben. Wenn Frankreich in den Jahren 1940 bis 1944 seine Kolonien benützen konnnte, um seine eigene Souveränität zu behaupten und die Freiheit des Mutterlandes wiederzugewinnen, so besteht nunmehr im Gegenteil die Möglichkeit, daß das Kolonialreich eine *Hypothek auf die Souveränität* Frankreichs wird. Das heute erst so recht fühlbare Mißverhältnis zwischen Macht und Leistungsfähigkeit Frankreichs und den Aufgaben im Empire leistet einer solchen Entwicklung Vorschub. Selbst jene enge Entente mit dem andern verarmten Kolonialreich England, die allein gewisse Positionen retten könnte, ist nicht erfolgt.

Die Assimilationsidee dagegen zerbröckelt. Nicht zuletzt deshalb, weil Frankreich nicht mehr ein Vorbild und ein Zentrum von Reichtum und Prestige ist. Sowohl Amerika wie die Sowjetunion haben, jedes auf andere Art, an Anziehungskraft auf die Kolonien gewonnen, und beide sind grundsätzlich der traditionellen Art des europäischen Kolonialismus abgeneigt.

Vermutlich haben Frankreich und England noch eine lange imperiale Zukunft in großen Teilen Afrikas, mit noch gewaltigen unerschlossenen Möglichkeiten. Ob jene andern, fortgeschritteneren Gebiete, die als Kolonialbesitz ausscheiden, als Freunde und permanente Verbündete im Verband der Union Française (bzw. des britischen Commonwealth) verbleiben, ist noch ungewiß. Jedenfalls aber wären es dann keine Kolonien mehr, und ihre Wirtschaft könnte nicht mehr von Frankreich aus, zum Profit von französischen Interessenten, gelenkt werden.

Nach der Niederlage von 1871 konnte Frankreich sich durch die Schaffung eines Kolonialreiches eine neue Grundlage seiner Weltmacht schaffen. Heute aber, wo es formell zu den Siegerstaaten gehört, ist Frankreich gezwungen, vor allem seine inneren Verhältnisse zu sanieren und sich für irgendeine Europapolitik zu entscheiden, bevor sein «Rayonnement», das sich auf neue Leistung und Schöpfung und nicht nur auf große Erinnerungen gründen muß, wiederum weitere Räume durchdringen kann.

# *„Pro Helvetia“*

### *Erwiderung an Jakob Bührer*

Jakob Bührer hat sich in einem Aufsatz, der in der Augustnummer der «Roten Revue» erschienen ist, in kritischer Weise mit der Kulturpolitik der «Pro Helvetia» auseinandergesetzt. Sein Artikel bringt eine Reihe von wertvollen Anregungen über die Förderung der Volkskultur, er enthält aber auch falsche Behauptungen und unterschlägt wichtige Tatsachen.